

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

Radio SRF, ich höre Zeit mit Matthias Gündig.

Und das beschäftigt uns am Mittwoch, dem 30. August.

Der Bundesrat will die Regeln für die Bekämpfung der Geldwäsche verschärfen und unter anderem Anwälte stärker in die Pflicht nehmen, dazu gleich mehr.

Dann schon wieder ein Militärputsch in Afrika, diesmal im zentralafrikanischen Küstenstaat Gabun.

Wir fragen nach Erklärungen für diese Häufung von Staatsstreichen.

Schwierige Ausgangslage von den eidgenössischen Wahlen.

Der Halbkanton Baselstadt, belegt heute noch fünf Sessel im Nationalrat, darf nun aber nur noch vier Sitze vergeben.

Für die Kandidierenden ist es natürlich eine spezielle Situation, weil selbst wenn man eine gute Arbeit gemacht hat, eben jemand gehen muss.

Sagt die Basel-Nationalrätin Sarah Wies.

Und Forscher wollen herausgefunden haben, dass religiöse Menschen weniger skeptisch sind gegenüber Inhalten, die von künstlicher Intelligenz geschaffen wurden als unreligiöse Menschen.

Ich glaube, es ist auch eine Einladung an uns,

vielleicht auch dieses Anführerlustzeichen Vorurteil,

von sich religiösverstehenden Menschen zu überwinden,

nämlich dass die in dem Sinn konservativ gegenüber von technologischem Fortschritt werden.

Sagt Peter Kirschläger, Professor für Theologische Ethik.

In mich oder Zeit?

Die Schweiz hat einen großen und wichtigen Finanzplatz

und eigentlich verfolgt die Schweiz schon seit Jahren eine Weißgeldstrategie.

Doch diese enthält Löcher.

Der Bundesrat hat deshalb heute, auch aufgrund internationalen Drucks,

eine Vorlage in der Vernehmlassung geschickt, die diese Löcher schließen soll.

Konkret wird der Bundesrat ein Register schaffen,

der sogenannt wirtschaftlich Berechtigten von Firmen und von juristischen Personen und auch für Anwälte gelten neue Regeln.

Aus dem Bundeshaus Oliver Washington.

Man stelle sich vor, ein russischer Oligarch hat auf illegale Weise Geld verdient und will das Geld in der Schweiz deponieren.

Um das zu verhindern, hat die Schweiz ein Anti-Geldwäscherei-Dispositiv.

Wie gut dieses ist, Finanzministerin Karin Keller-Sutter sagt es so.

Wir haben heute ein gutes Dispositiv, aber dieses Dispositiv hat Lücken.

Und diese Lücken, wenn man sie erkennt

und wenn man einen kompetitiven Finanzplatz will,

einen glaubwürdigen Finanzplatz will, dann muss man diese schließen.

Das ist im ureigensten Interesse der Schweiz.

Eine erste Lücke, ein erstes Schlupfloch besteht darin,

dass die Schweiz im Unterschied zu praktisch allen westlichen Ländern

kein Register hat, in welchem eingetragen ist, wer hinter einer Firma steht.

Hier will die Schweiz nun mit einem Register

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

der sogenannten wirtschaftlich Berechtigten nachbessern.  
Dies dient zum Beispiel im Fall eines Strafverfahrens dazu,  
ohne Verzögerung vermögenswerte einer Person zuzuordnen  
und die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können.  
Doch hilft ein solches Register nicht bloß bei Strafverfahren,  
es hilft auch bei der Umsetzung der Sanktionen gegenüber Russland.  
Wobei das nicht das primäre Ziel sei, präzisiert Karin Keller-Sutter.  
Es geht hier nicht darum, dass man primär jetzt die Einhaltung der Sanktionen verbessern kann.  
Es ist ein, sage ich jetzt, positiver Nebeneffekt.  
Heute ist es nämlich durchaus möglich,  
dass sein russischer Oligarch sein Geld in der Schweiz verstecken kann.  
Er könnte der wirtschaftlich Berechtigte eines Unternehmens in der Schweiz sein  
und weil die Schweiz kein solches Register hat,  
ist er möglicherweise nicht entdeckt worden.  
Transparency International fordert schon lange ein solches Register  
der wirtschaftlich Berechtigten.  
Geschäftsführer Martin Hilti zeigt sich auch zufrieden.  
Allerdings, sagt er,  
der Zugang ist ungenügend.  
Er beschränkt sich nämlich auf Behörden und Finanzintermediäre,  
müsste aber, und das ist auch der internationale Trend,  
anderen Personen mit berechtigtem Interesse zu stehen,  
insbesondere auch Medien und NGOs.  
Ein zweiter wichtiger Punkt der bundesrätlichen Vorlage betrifft die Anwälte und Notare.  
Für sie gelten noch immer Spezialregeln.  
Sie können heute noch ohne Probleme für einen Kunden  
ein juristisches Konstrukt auf einer Karibikinsel zum Beispiel einrichten,  
wo der Kunde dann sein schmutziges Geld verstecken kann.  
Finanzministerin Karin Keller Suthersagt dazu.  
Bislang unterliegen Sie im Gegensatz zum Finanzsektor keinen Sorgfaltspflichten.  
Hierbei handelt es sich um eine wesentliche Lücke im schweizerischen System  
zur Bekämpfung der gelbe Escherei,  
gerade auch im Vergleich zu den Ländern, die im Übrigen Europa sind.  
Neu sollen Sorgfaltspflichten auch für Anwälte gelten.  
Offen ist einfach, was der bundesrätliche Vorschlag bringt.  
Er wirke präventiv ist, Karin Keller Suthersagt überzeugt,  
kriminelle Kunden dürften abgeschreckt werden.  
Er bringe nicht viel, erwidert hingegen Martin Hilde von Transparency.  
Bei den Anwälten schlägt der Bundesrat eine ganz abgeschwächte Meldepflicht,  
nur vor wie in der Praxis kaum jemals greifen dürfte.  
Also faktisch führt das dazu, dass die Anwälte weitestgehend  
keine Verdachtsmeldungen an die Behörden machen müssten.  
Offen ist auch, wie der bundesrätliche Vorschlag im Parlament ankommt.

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

Denn der Bundesrat scheiterte erst kürzlich mit einer ähnlichen Vorlage schon mal im Parlament. Die Anwälte fürchteten um ihr Sakrasang des Anwaltsgeheimnisses und werden sich erfolgreich. Von dieser Seite könnt ihr auch jetzt wieder Widerstand kommen. So sagt der Fraktionsschifter Mitte und Anwalt Philipp Bregi. Ein erster Blick auf die Vorlage lässt den Schluss zu, dass man zur Vorlage von 2019 eigentlich nichts geändert hat, außer dass man es in einem anderen Gesetz endet. Das wäre natürlich schlecht. Da hätte der Bundesrat seine Aufgaben nicht gemacht. Und das würde bedeuten, dass die Mehrheitsfähigkeit dieses Gesetzes weiterhin in Frage gestellt. Der Bundesrat muss also noch einiges an Überzeugungsarbeit leisten. Aus dem Bundeshaus Oliver Washington. In den Nachrichten mit Marco Koller bleiben wir gleich beim Bundesrat. Dieser will, dass Ehepaare künftig getrennte Steuererklärungen ausfüllen. Das hat er in den Eckwerten zur Individualbesteuerung festgelegt. Diese Vorlage sei gleichzeitig auch der indirekte Gegenvorschlag zur Steuergerechtigkeitsinitiative. Mit dem Vorschlag des Bundesrats würden Ehepaare in Zukunft wie unverheiratete Paare besteuert. Damit würde auch die sogenannte Heiratsstrafe abgeschafft. Ab 2025 steigt das Rentenalter für Frauen schrittweise von 64 auf 65 Jahre. Nun hat der Bundesrat festgelegt, wie die AHV-Reform für die sogenannten Übergangsjahrgänge geregelt werden soll, also für Frauen der Jahrgänge 1961 bis 1969. Sie sollen mit Zuschlägen auf ihre Renten für das höhere Rentenalter entschädigt werden. Der Bundesrat hat entschieden, dass die Zuschläge aufgrund des durchschnittlichen Jahreseinkommens festgelegt werden. Dann ändern sie bis ans Lebensende nicht mehr. Weiter hat der Bundesrat Pascal Lütti zum neuen Chef des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit ernannt. Der 55-Jährige ist momentan Kommandant der Kantonspolizei Neuenburg. Das Amt des obersten Schweizer Zöllners wird er Anfang des kommenden Jahres antreten. Pascal Lütti übernimmt von Christian Bock, der das Amt vor rund drei Monaten verlassen hat. Und der Bundesrat will das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, IKRK, mit 50 Millionen Franken unterstützen. Er beantragt beim Parlament einen entsprechenden Zusatzkredit.

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

Als Gegenleistung für die Finanzhilfe erwartet der Bundesrat vom IKRK, dass es Maßnahmen ergreife, um seine Finanzen wieder ins Lot zu bringen.

Im Erdrutschgebiet bei Schwanten im Kanton Glarus ist die Situation nach wie vor kritisch. Die Erdmassen seien weiterhin in Bewegung, sagte Hans-Rodiforre, der Gemeindepräsident von Glarus Süd an einer Medienkonferenz.

Der Schuttkegel bereite sich aus und könnte weitere Häuser erreichen. Es seien auch weitere Evakuierungen möglich.

Der Erdrutsch von gestern Abend hat den Schwanten über Eindutzenhäuser verschüttet. 97 Personen waren vorgängig in Sicherheit gebracht worden, verletzt wurde niemand.

Ins Ausland.

Vor einer Woche wurde der Tod von Yevgeny Prygoshin dem ehemaligen Anführer der Privatarmee Wagner bekannt. Nun hat sich Russland zu den Ermittlungen geäußert.

Russland will nicht, dass der Absturz des Privatflugzeugs von Yevgeny Prygoshin von einer internationalen Kommission untersucht wird. Kreml-Sprecher Dimitri Peskov sagte vor den Medien, es könne keine internationale Untersuchung geben. Es gelte, die Ermittlungen des russischen Ermittlungskomitees abzuwarten.

Peskov reagierte damit auf Berichte, wonach Russland Brasilien eine Absage erteilt habe, an den Untersuchungen teilzunehmen.

Beim abgestürzten Flugzeug handelte sich um eine Maschine des brasilianischen Flugzeugbauers Embraer.

Der tropische Wirbelsturm Italia hat vom Golf von Mexiko hergekommen, und die Westküste Floridas erreicht, mit Windgeschwindigkeiten von über 200 Kilometern in der Stunde, wie das U.S. Hurricane-Zentrum in Miami mitteilte.

Fachleute befürchten in Florida schwere Schäden, etwa an Gebäuden und Straßen.

Für weite Gebiete waren Evakuierungen angeordnet worden.

Österreich führt für drei Jahre einen Mietpreisdeckel ein. Das hat die Regierung beschlossen.

In allen sogenannt gemeinnützigen Wohnungen dürfen die Mieten höchstens um 5% pro Jahr steigen. Das Betreffer rund 75% aller Mieten,

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

sagte Vizekanzler Werner Kogler.  
In Österreich gibt es laut Statistik fast eine Million gemeinnützige Wohnungen. Sie werden von speziellen Bauvereinigungen betrieben.  
Die Börsendaten von 18.10, geliefert von 6, der Swiss Market Index schließt bei 11.090 Punkten. Das ist ein Minus von 0,1%.  
Der Dow Jones Index in New York steigt um 0,1%.  
Der Euro wird zu 95°84 gehandelt, der Dollar zu 87°74.  
Es bleibt noch der Blick aufs Wetter, Marco Kogler. Im Norden ist es bis morgen Mittag wechselnd bewölkt und es gibt stellenweise Schauer. Danach wird es aus Westen sonniger. Die Höchstwerte liegen mit schwachen bis mäßigem Südwestwind bei etwa 21°C.  
Im Süden ist es morgen ziemlich sonnig bei 24°C. Schon wieder ein Militärputsch in Afrika. Am frühen Morgen hat die im zentralafrikanischen Küstenstadt Gabun Diamedi Macht an sich gerissen. Die Putschisten haben Langzeitpräsident Ali Bongo in Zimba unter Hausarrest gestellt. Diese war eben erst gerade in einer umstrittenen Wahl wiedergewählt worden. Die Putschisten haben nun die Wahlresultate annulliert, die Grenzen des Landes geschlossen und staatliche Institutionen aufgelöst. Frage nun an Afrika-Korrespondent Annalen Meier. Kommt der Putsch in Gabun eigentlich überraschend? Ja, der kommt überraschend. Es war klar, dass es Spannungen gibt in Gabun nach den Präsidentschaftswahlen vom Wochenende. Das Internet war abgestellt, das gab eine Ausgangssperre, internationale Medien wurden suspendiert. Man hätte sich also durchaus politische Unruhen vorstellen können, wie das beim letzten Mal bei den Wahlen 2016 der Fall war. Aber ein Putsch, das war unerwartet, besonders weil anders als all die anderen afrikanischen Blendern, in denen es in den letzten drei Jahren Putschs gegeben hat, es in Gabun zuvor noch nie einen erfolgreichen Kuh gegeben hat. Und darum war das doch überraschend. Und was ist eigentlich bekannt über die Anführer des Putschs und deren politische Ziele? Also die Männer, die sich unter dem Namen

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

Comité pour la transition et la restauration des institutions zusammengefasst haben, das sind der Vertreter des gesamten Sicherheitsapparates in Gabun, also das heißt Militär, Jean-Darmarie.

Und ganz wichtig, vor allem der Garde Présidentielle, ist diese elitetruppe dessen Aufgabe es war, den Präsidenten zu schützen.

Wer von diesen Männern sich nun als Anführer in diesem Comité hervortun wird, das ist noch nicht klar.

Was ihre politischen Ziele aber sind, so haben sie das klar formuliert.

Es gilt das aktuelle Regime zu beenden.

Alle Institutionen wurden aufgelöst

und es wurden bereits mehrere Personen des Bongo-Regimes festgenommen, darunter ein Sohn des weggeputschten Präsidenten, Ali Bongo, und diesen Personen wird unter anderem Hochverrat oder Korruption vorgeworfen.

Gabun ist ja eine ehemalige französische Kolonie.

Die Familie Bongo, die das Land seit über 50 Jahren quasi diktatorisch führt, pflegte lange Zeit gute Beziehungen zu Frankreich.

Welche Rolle könnte dies beim Putsch gespielt haben?

Es ist interessant, ich meine sieben der acht Putschs, die in den letzten drei Jahren Afrika erschüttert haben, haben sich in ehemaligen französischen Kolonien abgespielt.

Diese Frage natürlich auf der Hand.

In Gabun würde ich mal sagen, das hat bedingt eine Auswirkung gehabt, Ausschlag geben.

Für diesen Putsch war ja die Präsidentschaftswahl vom Wochenende, wo das Regime Bongo wirklich alle Schrauben angezogen hat, damit sich die Opposition nicht entfalten kann.

Und dieses Vorgehen hat das fast zum Überlaufen gebracht, hat sich aufgebaut, auf dem Gefühl,

dass schon lange in der Bevölkerung präsent ist,

dass es den meisten Menschen in Gabun nach mehr als einem halben Jahrhundert Bongo-Dynastie, also erst Vater Bongo, dann jetzt der Sohn Ali Bongo,

dass es den meisten Menschen nicht besser geht,

obwohl Gabun ja sehr viel Öl besitzt und eine kleine Bevölkerung hat.

Darum hat Gabun ja auch eines der höchsten Prokopfeinkommen Afrikas.

Aber eben der Reichtum ist nicht gleichmäßig verteilt und dann das gepaart mit der politischen Oppression.

All das hat nur sehr wenig mit Frankreich zu tun.

Man kann sagen, indirect, ja, Vater Bongo wurde lange unterstützt von Frankreich.

Auch militärisch, die Familie Bongo galt auch etwas aus der Inbegriff von Franz-Afrika, also dieser engen Verbindung zwischen französischen und afrikanischen Eliten.

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

Aber eigentlich muss man sagen, Ali Bongo hat es selbst verbockt, um jetzt das so salopp zu sagen, ohne Zutun der Franzosen, weil er sich einfach zu wenig um seine Bevölkerung bekümmert hat. Sie haben es ja bereits angetönt.

Die Terputin Gabun war die siebte gewaltsame Wachtübernahme in Afrika, innert weniger Jahre.

Gibt es Gemeinsamkeiten, die diese Zunahme von Staatsstreichen erklären?

Ja, also was man überall feststellt, ist ein sehr starkes Gefühl in der Bevölkerung, dass eben die Regierungen nicht liefern, was sie versprechen.

Das sind auch oft Regierungen, die nicht frei und fair gewählt wurden, die sich auch an die Macht klammern.

Also das war ein genereller Fall, die jetzt auch eigentlich in Gabun Regierungen, die sich nicht um Bildung, Gesundheit, Arbeitsplätze kümmern, oder gerade auch in der Sahelzone auch nicht um die Sicherheit der Menschen.

Diese Staaten, die sind ja regelrecht kollabiert in den letzten Jahren, Terrorismus, Kriminalität, da haben sehr viele Menschen ja Leben verloren, wegen der schlechten Sicherheitslage.

Und das sind dann eben oft auch Regierungen, wie wir jetzt in Gabun gesehen haben, die keine Opposition zulassen.

Da gingen ja auch die Menschen nach den Wahlen das letzte Mal auf die Straße, wurden vom Regime erschossen.

Und dann ist eben oft damit die Peterputsch eigentlich die einzige Möglichkeit und wird dann auch in der Bevölkerung gutgeheissen.

Was auffällt bei einigen der militärischen Machtübernahmen in jüngster Zeit?

Genießen die Putschisten erheblichen Rückhalt in der betroffenen Bevölkerung.

Jüngst zum Beispiel in Niger gibt es dafür Erklärungsansätze.

Ja, nicht nur in Niger, auch in Gabun.

Also heute Morgen gingen die Menschen auf die Straße mit Plakaten, Gabun endlich frei.

Also das Gefühl, unter dieser jahrzehntelangen Bongo-Herrschaft regelrecht ersticken zu müssen, das muss sehr groß gewesen sein.

Und so fühlt sich wohl jeder Wandel als Befreiung an.

Natürlich wissen die Menschen, dass mit dem Putsch die Probleme nicht gelöst sind,

aber ich denke, die Aussicht auf eine positive Veränderung,

das lässt die Menschen den Putschisten und vielen Ländern eben zujubeln.

Vielen Dank für diese Einschätzung.

Das war Afrika-Korrespondentin Anna Lemenmaier.

Der Sahelstaat Niger, ich habe es schon erwähnt,

hat Ende Juli bereits den fünften Putsch seiner Seite Unabhängigkeit erlebt.

Auch 2010 schon hatte die Amédie Machtansicht gerissen

und an dieser Zeit der Militär-Herrschaft in seinem Land

kann sich Mansour Maman El Hadj Mutari gut erinnern.

Er war schon damals Landesdirektor des Hecks in Niger,

also des Hilfsweg der evangelischen reformierten Kirchen der Schweiz.

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

Vor kurzem welte Mutari in der Schweiz, Auslandredaktorin Veronica Meier, hat ihn getroffen und mit ihm darüber gesprochen, was beim kürzlichen Militär-Putsch anders war als 2010 und auch über die Befindlichkeit seiner Landsleute. Jeder Militär-Putsch ist grundsätzlich verwerflich, gondamnagel. Mansour Maman El Hadj Mutari sagt ihm im Gespräch gleich mehrfach diesen Satz. Er ist ihm offensichtlich wichtig. Aber, und auch das sagt er, man muss den Kontext betrachten. Der Kontext in Niger, in diesem Land, dessen Geschichte geprägt ist von Militär-Putschen, bleibt in diesem Land, dessen Eliten die Verfassung und demokratische Grundsätze nur allzu oft sehr großzügig auslegen. 2010, beim letzten Militär-Putsch, hat der damalige Präsident versucht, die Verfassung auszuheben und sich ein drittes Mandat zu offerieren, erinnert sich Mutari. Doch dieses Mal, beim jüngsten Putsch, sei der Kontext ein anderer. Mutari spricht von viel Frust in breiten Teilen der Bevölkerung, der sich angestaut hat in den letzten Jahren. Frust und Ärger etwa über die ausländische, die französische Militärpräsenz. Frust darüber, dass die Regierenden es nicht geschafft hätten, das Land sicherer zu machen, dass jihadistische Gruppen mit Verbindungen zur Al Qaeda, zum IS, zu Boko Haram, in den Grenzgebieten im Osten und im Westen nach wie vor ihr Unwesen treiben können. Die Leute dort haben Angst, sagt Mutari, jeden Tag, dass sie angegriffen werden, dass man sie ausraubt. Sie haben Angst und sagen sich, der Staat schützt mich nicht. Sie gehen raus auf ihre Felder und riskieren, getötet zu werden. Doch es ist nicht nur die Sicherheitslage. Da ist auch der Frust über die Regierungsführung der letzten Jahre. Die Governance, vor allem auch unter dem Vorgänger des gestürzten Präsidenten Basoum, Mohammedu Isufu. In den Jahren seit 2011, als sie damalige Khunta-Walen ansetzten und das Land zur Demokratie zurückkehrte, aber Transparenz und zivile Freiheiten danach nur allzu oft auf der Strecke blieben. Unter Isufu zum Beispiel waren Demonstrationen verboten. Also konnten die Leute ihren Unmut nirgends ausdrücken, sagt Mutari. Die Leute sind im Krieg gegen die Jihadisten. Das war das Alibi, das Argument, das sie vorbrachten. Gingen die Leute trotzdem raus, wurden sie von der Polizei niedergeschlagen. Mutari erzählt von Wahlen, die überschattet wurden vom Vorwurf des Betrugs. Er erzählt von einer frustrierten Jugend, die verloren sei, angesichts von Arbeits- und Perspektivenlosigkeit



## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

und einer Elite, die zunehmend reicher werde.  
Er erzählt von Eltern, die sich fragen, wie es sein kann,  
dass die Söhne von Politikern, Botschafter, Minister, Firmenchefs werden  
und nicht ihr Sohn, der studiert hat, der qualifiziert ist.  
All das, so Mutari, habe sich über die Jahre angestaut,  
sei ein Nährboden gewesen für das, was kam.  
Der Putsch und die Leute haben applaudiert  
und unabhängig davon, welche persönlichen Gründe  
Putsch-General Abdulrahman Ciany auch immer gehabt haben mag,  
während europäische Medien über das Scheitern der letzten Demokratie im Seil schreiben,  
sagt Mutari das Gefühl, dass heute nach dem Staatsstreich in Niger vorherrsche  
bei Alt und Jung, urban und ländlich sei.  
Erleichterung, soulagement.  
Mutari erwähnt das Wort immer wieder im Gespräch.  
Wenn es bei euch in der Schweiz ein Problem gibt, dann geht ihr zur Urne.  
Aber der einzige Ausweg, der uns bleibt, ist das Militär.  
Und deshalb stehen die Menschen nun hinter den Militärs, weil sie erleichtert sind.  
Die Militärs also als eine Art Korrektiv.  
Dass die ECOVAS, die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft,  
Sanktionen ergriffen hat nach dem Putsch, dass die Grenzen geschlossen sind,  
dass etwa Nigeria die Stromlieferungen gestoppt hat,  
all das tat diesen Gefühl bislang offenbar keinen Abbruch.  
Auch wenn erste Folgen bereits spürbar sind.  
Der Alltag ist teurer geworden seither,  
die Preise für Grundnahrungsmittel sind gestiegen,  
auch der Schmuck soll zugenommen haben.  
Doch die Menschen, so sagt es Mutari, bringen Opfer.  
Gleichzeitig wissen sie auch, die Probleme des Landes  
werden nach dem Militärputsch nicht einfach verschwinden.  
Die Arbeitslosigkeit, die wirtschaftlichen Sorgen, die Jihadisten.  
Ich glaube nicht, sagt Mutari, dass die Leute von darunter ein Wunder erwarten.  
Aber die Militärs haben ein System weggefegt, von dem die Menschen genug hatten.  
Jetzt hoffen viele auf Veränderung, auf transparente Wahlen  
und auf eine Regierung, die das Land führt, wie man ein Land führen sollte.  
Auf gute Regierungsführung.  
Sie hoffen, wie sie schon oft gehofft haben nach einem Staatsstreich  
und dann doch wieder enttäuscht wurden.  
Vier Putsche hat Mutari selbst erlebt.  
Er sagt heute,  
Jeder Putsch ist grundsätzlich verwerflich.  
Aber solange Wahlen nicht fair und transparent sind,  
solange die Regierungsführung schlecht ist,  
solange wird das Militär kommen und eingreifen.

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

Und gerade in unserem Land, das an Staatsstreichen gewöhnt ist, ist an solcher manchmal ein Weg, den man gehen muss, um die Dinge zu ändern. Und das ist obligatorisch für uns, um das zu ändern. Ausländredaktorin Veronica Meier hat mit dem Landesdirektor des HECS in Niger gesprochen. Sie würden da sicherer Zeit auf Radio SRF mit diesen weiteren Themen. Das besondere Geschäftsmodell der Ruag ist dieses Angesicht der aktuellen Probleme und Skandale noch sinnvoll. Der Prozess gegen einen Belarusen. Warum er von einem schwarzen Schweizer Gericht steht für Taten, die er in seiner Heimat begangen haben soll. Aus fünf Nationalrat sitzen werden vier. Warum in Basel statt einer oder eine der bisherigen am 22. Oktober sicher abgewählt wird. Und Religion und künstliche Intelligenz. Warum gläubige Menschen weniger unter Algorithmus-Aversion leiden. Antworten gibt's hier im Echo der Zeit. Das Schweizer Rüstungsunternehmen Ruag sorgt seit Wochen für Schlagzeilen mit Führungsproblemen und dubiosen Handelsgeschäften mit Leopard-1-Panzern und Ersatzteilen. Das wirft ein Schlaglicht auf das Geschäftsmodell der Ruag. Denn zur Hauptsache muss der Bundeseigene Konzern der Schweizer Armee zudienen. Privatergeschäfte wie die mit dem Leopard-1-Panzern machen nur einen kleinen Teil des Umsatzes aus. Angesichts der aktuellen Probleme stellt sich die Frage, wie sinnvoll ist dieses besondere Geschäftsmodell. Aus dem Bundeshaus Dominic Meier. Die Ruag muss für die Schweizer Armee zum Beispiel Panzer reparieren, Kampffjets warten oder neue Waffentechnologien entwickeln. Das gibt der Bundesrat fix vor. Der Bundeskonzern also ist vor allem für die Armee da. Genau deshalb können die Ruag auch gleich Teil der Armee werden. Findet der einflussreiche Sicherheitspolitiker und SVP-Ständerat Werner Salzmann. Die Führungsprobleme und die chaotischen Panzergeschäfte sind für ihn ein weiterer Grund. Der Vorteil wäre, die Führung durch das VBS wäre klar geregelt, Direktunterstellung, der Einfluss der Armee, der gegenseitige Austausch wäre gewährleistet und auch in der Kommunikation hätte man Vorteile. Die Ruag in die Armee eingliedern, das stärkt auch die eigenständige Schweizer Landesverteidigung. Fabian Fiva hingegen hat eine ganz andere Vision, die Vision einer Schweiz ohne Armee.

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

Bei der Ruagabe sieht es der grüne Nationalrat kurzfristig, wie SVP-Ständerat Salzmann auch er, will den Rüstungskonzern zum Teil der Armee machen. Wir haben enorm Probleme mit dem Unternehmen. Es ist auch so, dass es sowieso fast nur für die Schweizer Armee arbeitet. Unter dem Dach der Armee, sagt Fiva, können sich die Ruag auch nicht mehr in private Waffendiels verstricken, wie jetzt beim Leopard 1-Panzer. Allerdings, und hier wieder spannend, die Linke ist sich nicht einig. SP-Sicherheitspolitikerinnen wie Nationalratin Franziska Roth bekennen sich zur Armee, ihre Vision ist mehr Zusammenarbeit mit dem Ausland und sie wollen deshalb die Ruag nicht eingliedern in die Armee. Das würde für die Schweiz große Probleme bringen, weil wir werden nicht mehr kooperationsfähig mit den europäischen Partnerländern. Nur mit einem Standbein auf dem Markt können die Ruag weiterhin mit ausländischen Partnern zusammenarbeiten, sagt Roth, und nur mit Geschäften außerhalb der Armee bleiben sie effizient und kostengünstig. Heute wartet die Ruag zum Beispiel auch zivile Helikopter und überholt einzelne Chats der US Navy. Insgesamt aber darf sie höchstens ein Fünftel ihres Umsatzes außerhalb der Schweizer Armee machen. Diese Obergrenze gibt der Bundesrat vor. Eine wohl zu strenge Vorgabe, findet Sozialdemokratin Franziska Roth. Ich bin der Meinung, dass man darüber diskutieren muss, um dieses Korsett zu erhöhen, denn die Ruag gilt es zu stärken und nicht zu schwächen. Das sind eher unerwartete Töne aus der SP und sie machen auch deutlich, eine Revolution bei der Ruag, eine Eingliederung in die Armee ist derzeit kaum mehrheitsfähig. Auch der einflussreiche FDP-Ständerrat Josef Dittli winkt ab. Auch er hält das Standbein auf dem Markt für unbedingt nötig und sagt, eingreifen müsse der Bundesrat viel mehr bei der Führung. Es zeigt sich, dass die Ruag etwas gar viel Freiheit hat und dass damit Fehler passieren. Vor diesem Hintergrund erwarte ich, dass der Bundesrat und das VBS die Ruag enger an sich binden, beispielsweise durch Einsichtsname im Verwaltungsrat. Hier erwarte ich klare Fortschritte.

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

Der Bundesrat könnte eine Vertreterin,  
einen Vertreter in den Ruag Verwaltungsrat schicken,  
tut es aber nicht.  
Das müsse sich ändern, sagt auch SP-Nationalrätin Roth.  
Der Bund hat die Oberaufsicht  
und das geht nur übereinsitz, denke ich, in den Verwaltungsrat.  
Gespräche mit weiteren Sicherheitspolitiken zeigen,  
diese Forderung ist breit abgestützt.  
Der Bundesrat muss in wenigen Wochen neue verbindliche  
strategische Ziele beschließen für die Ruag,  
die bisherigen Laufen aus.  
Auch der Bundesrat dürfte ihn hören,  
den lauten Ruf nach direkter Mitsprache und Kontrolle  
im Verwaltungsrat des krisengeschüttelten Rüstungskonzerns.  
Seit bald 30 Jahren regiert Alexander Lukaschenko  
Belarus mit harte Hand  
und das spüren diejenigen, die sich ihm widersetzen.  
Ende der 1990er-Jahre  
verschwanden drei hochrangige Oppositionelle spurlos.  
20 Jahre später behauptete ein Belarusischer Asylsuchender  
in der Schweiz, die Männer seien tot.  
Er wisse das, weil er als Mitglied  
einer Spezialeinheit an deren Ermordung beteiligt gewesen sei.  
Seine Äußerungen haben nun juristische Konsequenzen.  
Gestützt auf das Weltrechtsprinzip  
wird der Mann in der Schweiz der Prozess gemacht.  
SRF-Gerichtskorrespondentin Silvilla Bondolfi.  
Das Staatssekretariat für Migration hielt es für ein Schauer Märchen,  
was ein Belarusischer Asylsuchender ihnen im Januar 2019 erzählte.  
Er habe als Berufsmilitär Oppositionelle in ein Auto gezert,  
sie auf ein Armeegelände gebracht, zugesehen, wie sie erschossen wurden,  
ihnen den Puls gefühlt, die Leichen dann ausgezogen  
und sie in eine Gruppe geworfen.  
Nun wolle in das Regime von Alexander Lukaschenko  
als Zeugen aus dem Weg räumen,  
ein Autounfall, bei dem er schwer verletzt wurde,  
sein Wahrheit gar kein Unfall gewesen.  
Kurz und gut, die Schweiz müsse ihm Asyl gewähren.  
Die Asylbehörden glaubten, der Mann habe das alles erfunden,  
um in der Schweiz bleiben zu können.  
Anders die Staatsanwaltschaft in Kanton St. Gallen,  
wo der Mann heute wohnt, sie glaubte dem Mann  
und nahm Ermittlungen gegen ihn auf,

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

wegen verschwinden Lassens von Personen.  
Für die Angehörigen der Opfer ist die Flucht des Mannes  
sozusagen eine positive Wendung.  
Im Belarus sei so getan worden,  
als hätten die verschwundenen Männer nie existiert.  
In der Schweiz wird nun die Justiz aktiv.  
Laut Benoit Amestre von der Genfer NGO Trial International,  
die das Verfahren mit einer Anzeige ins Rollen gebracht hat,  
ist dafür der Aufenthalt des Mannes in der Schweiz zentral.  
Es ist tatsächlich dieses Element,  
dass es den Schweizer Behörden erlaubt,  
strafrechtlich gegen ihn vorzugehen.  
In der Schweiz wurde im Jahr 2017  
ein neuer Passus ins Strafgesetzbuch eingefügt,  
der jetzt zum ersten Mal zur Anwendung kommt.  
Demnach ist das Verschwindenlassen von Personen verboten  
und, auch wer die Tat im Ausland begangen hat,  
ist in der Schweiz strafbar,  
wenn er oder sie sich hier aufhält und nicht ausgeliefert wird.  
Im konkreten Fall wird der Mann nicht ausgeliefert.  
Laut St. Galler Staatsanwaltschaft  
drohen ihm in Belarus nämlich Folter oder gar der Tod.  
Somit steht dem historischen Prozess in der Schweiz nichts im Weg.  
Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben  
und im September findet vor dem Kreisgericht Rorschach  
eine Verhandlung statt.  
Zwei Töchter der Opfer erhoffen sich vom Urteil  
endlich Gewissheit über das Schicksal ihrer Väter.  
Auch NGOs setzen große Hoffnungen in dem Prozess.  
Benoit Maistre von Trial International  
Dass jemand sich dazu äußert, was passiert ist  
und dass ein Gericht ihm, so hoffen wir, glaubt  
und diese Systematik des Verschwindenlassens  
auf höchster staatlicher Ebene aufzeigt,  
das ist sehr wichtig für die Menschen von Belarus.  
Es ist das erste Mal, dass ein Gericht sich mit dem Verschwindenlassen  
von Personen in Belarus befasst.  
Zwar handelte es sich beim Angeklagten nicht um einen  
hochrangigen Vertreter des Regimes.  
Aber...  
Die Einheit, in der der Angeklagte nach eigenen Angaben  
arbeitete, war sehr nah an Lukaschenko.  
Es ist möglich, zwar nicht sicher, aber möglich,

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

dass Lukaschenko die Einheit direkt leitete  
oder einer seiner Ängsten verbündeten.  
Diese Liedseinheit war jedenfalls sehr nah an der Macht.  
So Maistre von Trial International  
Vor Gericht wird sich nun alles um die Frage drehen,  
wie glaubwürdig der Angeklagte ist.  
Hat sich wirklich alles so zugetragen, wie er sagt?  
Oder hat er es doch nur erfunden, um Asyl zu bekommen?  
Der Angeklagte selbst will sich zum jetzigen Zeitpunkt  
nicht öffentlich äußern, es gilt die Unschuldsvermutung.  
Aus fünf werden vier.  
Das ist die Situation im Kanton Baselstadt  
bei den kommenden Nationalratswahlen im Oktober.  
Wegen der Bevölkerungsentwicklung  
verliert der Hauptkanton nämlich einen Sitz an den Kanton Zürich.  
Baselstadt steht deshalb ein spannender Wahlkampf bevor.  
Dies auch, weil fast alle fünf Besehrigen  
um ihre Wiederwahl zittern müssen.  
Basel-Korrespondentin Martina England.  
Die Situation in Basel erinnert ein bisschen an das Spiel  
Reise nach Jerusalem.  
Vier Stühle stehen im Kreis, fünf Kandidatinnen und Kandidaten  
tanzen zur Musik um die Stühle herum.  
Und wenn die Musik stoppt, geht eine oder einer leer aus.  
Denn Basel verliert einen Sitz im Nationalrat.  
Schuld daran ist die Bevölkerungsentwicklung.  
Zwar leben heute mehr Leute in Basel als noch vor vier Jahren.  
Die Bevölkerung ist aber im Durchschnitt nicht so schnell gewachsen  
wie in anderen Kantonen.  
Sie bedauere den Sitzverlust sehr, sagt Sarah Wiss,  
die seit drei Jahren die Basler SP im Nationalrat vertritt.  
Die Situation ist eigentlich schon tragisch für die Region Basel.  
Wir verlieren einen Sitz, in vier Jahren wird das Basel-Bied  
nochmals einen Sitz verlieren, die Region wird geschwächt.  
Und von dem her ist es natürlich eine schwierige Ausgangslage  
für die Region.  
Und für die Parteien oder auch die Kandidierenden  
ist es natürlich eine spezielle Situation,  
weil selbst wenn man eine gute Arbeit gemacht hat,  
eben jemand gehen muss.  
Und wer gehen muss, das ist schwierig voraus zu sagen.  
Aktuell hat die Linke drei Sitze.  
Zwei hält die SP, einen die Grünen.

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

Die Bürgerlichen haben zwei Sitze, einer gehört den grün-liberalen und einer der liberal-demokratischen Partei.

Es geht also um die Frage, kann die Linke ihre drei Sitze halten oder ist es in Zukunft ausgeglichen mit zwei Linken und zwei Bürgerlichen?

Weil sich die Bürgerlichen mit einer Listenverbindung zusammengeschlossen haben, dürfte der Stimmenunterschied zwischen den beiden Lagern ziemlich klein sein.

Darum werde um jede Stimme gekämpft, sagt Patricia von Falkenstein, die für die Basel-Liberalen im Nationalrat sitzt.

Es geht um wenige Stimmen, es geht um offenbar ungefähr ein Prozent der Stimmen und da macht es dann wirklich was aus.

Und wenn man dann das Gefühl hat, jetzt haben wir wirklich diese 100 Stimmen verpasst, weil wir uns nicht zu 100 oder 200 Prozent eingesetzt haben, dann ist das mehr als ärgerlich.

Patricia von Falkenstein selber ist dabei in einer komfortablen Lage.

Ihre Partei, die LDP, ist die stärkste bürgerliche Kraft.

Ihr Sitz gilt als ziemlich sicher.

Aber schaffen die bürgerlichen Es auch den zweiten Sitz zu verteidigen.

Die grün-liberalen jedenfalls wissen, dass ihr Sitz gefährdet ist und kämpfen um Aufmerksamkeit.

Das Counter-Five und Nationalrätin Katja Christ konnte man schon zu Beginn der Sommerferien in Großformat auf einem Tram durch die Stadt fahren sehen.

Außerdem kündigte ihre Partei an, mit Sage und Schreibe acht Unterlisten anzutreten.

Bei den bürgerlichen Bündnispartnern kam das gar nicht gut an.

Sie befürchteten, die GLP würde übermäßig profitieren.

Nach einer Aussprache hat man sich auf sechs Unterlisten geeinigt.

Die GLP-Nationalrätin sagt dazu,

Natürlich ist es so, dass mein Sitz sicher besonders im Fokus steht und dass wir uns natürlich auch kämpferisch geben, diesen Sitz zu halten und dafür auch zu anderen Mitteln greifen, um auch für Aufmerksamkeit zu sorgen.

Vielleicht führt das dann da und dort zu Diskussionsstoff.

Das Beispiel zeigt, auch innerhalb der politischen Lager tobt der Wahlkampf.

Das bekommt auch Sarah Wies von der SP zu spüren.

Parteikollege und Nationalrat Mustafa Articci hat erst kürzlich mit seinen Bundesratsambitionen auf sich aufmerksam gemacht.

Ein geschickter Schachzug, auch er kämpft im linken Lager um die Wiederwahl.

Ein wenig ruhiger kann es wohl Siebel Arslan von den Grünen nehmen,

ähnlich wie bei Patricia von Falkenstein,

gilt auch ihre Wiederwahl als kaum gefährdet.

Für alle anderen aber heißt es, aufgepasst, wenn die Musik aufhört,

## [Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen

einer oder einem wird es garantiert nicht reichen.  
Und wann das ist, wer das genau sein wird,  
das erfahren wir am 22. Oktober.  
Und wenn Sie sich vertieft mit den wahlen, den eidgenössischen Wahlen  
befassen möchten, dann finden Sie zusätzliche Informationen  
auf srf.ch oder auf unserer News App.  
Künstliche Intelligenz und ihre Fähigkeiten sind derzeit Themen,  
die weltweit zu reden geben.  
Textmaschinen wie ChatGPT faszinieren uns  
und werden bereits von Millionen von Menschen genutzt.  
Gleichzeitig ist aber auch das Misstrauen groß,  
wenn Inhalte von Algorithmen stammen.  
Zum Beispiel, wenn wir automatisch generierte Vorschläge erhalten,  
was wir lesen, kaufen oder wofür wir uns interessieren könnten.  
Algorithmus, Algorithmus,  
Aversion nennt sich das Phänomen.  
Forschende haben nun herausgefunden,  
dass Menschen potenziell empfänglicher sind für KI-Inhalte,  
wenn sie an gott- oder religiöse Konzepte denken.  
Das überrascht zumindest auf den ersten Blick,  
denn allgemein wird angenommen, dass ein stärkerer Gottesbezug  
zu einer konservativen Haltung führt, zu weniger Offenheit  
gegenüber neuen Erfahrungen  
und zu vermindeter Risikobereitschaft.  
Ich habe darüber mit Peter Kirschschräger gesprochen.  
Er ist Professor für Theologische Ethik an der Universität Luzern.  
Zuerst hat er mir erklärt, wie er die Resultate der Studie beurteilt.  
Ich fand sie sehr interessant, da eingehend,  
weil eine erste Erwartung eigentlich auch in eine andere Richtung  
gegangen wäre, beim genauen Hinschauen.  
Dann lässt sich schon erkennen, warum das so sein könnte  
und damit auch wieder erklärend einbetten.  
Und was sind diese Gründe, die eben diese Resultate  
erklärbar machen oder nachvollziehbar machen?  
Ich denke, dass Menschen, die sich glaubend und religiös verstehen,  
für sich selber auch noch einen anderen transcendenten religiösen Zugang  
zur Einordnung ihrer eigenen Existenz,  
auch zur Einordnung ihres Verhältnisses zu Gott wahrnehmen  
und damit auch zu ihrem Platz im Leben.  
Und sie deswegen wahrscheinlich eine größere Offenheit  
auch dafür entwickeln, auf Unterstützung zurückzugreifen.  
Diese zurückgreifen auf Unterstützung,  
in dem Fall eben auf sogenannte künstliche Intelligenz,



## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

ist aber verbunden auch mit einer erkenntnistheoretischen Bescheidenheit. Damit meine ich, dass Menschen, die sich glaubend und religiös verstehen, auch für sich selber wissen, dass sie nicht allein das Zentrum der Welt sind, sondern gleichsam, sondern eben, dass sie in einem Verhältnis einer Beziehung zu Gott stehen, auch in Beziehung zur gesamten Schöpfung. Und damit verbunden ist aber auch eine sehr klare Sicht darüber und darauf, was eigentlich sogenannte künstliche Intelligenz ist, nämlich nichts anderes als eigentlich Objekte über die Menschen als Subjekte entscheiden. Also auch verbunden mit einem entsprechenden kritischen Sicht auch von sogenannter künstliche Intelligenz, die soweit gehen kann, dass man dann gar nicht mehr von Intelligenz sprechen sollte, sondern wie das zum Beispiel auch ich vorschlage in meiner Forschung von Datenbasierten Systemen. Die Resultate sind ja auf den ersten Blick als Laie überraschend. Religion wird häufig in Verbindung gebracht mit konservativen Ansichten, mit einer gewissen Skepsis, gegenüber neuen Entwicklungen. Weshalb stimmt das offenbar nicht oder nur eingeschränkt im Bereich KI? Ich glaube, es ist auch eine Einladung an uns, die vielleicht auch dieses Anführungsloszeichen Vorurteil gegenüber von sich religiös verstehenden Menschen zu überwinden, nämlich dass die in dem Sinn konservativer gegenüber von technologischem Fortschritt wären. Was man sicherlich sagen kann, dass sie aufgrund von ihrem Glauben, von ihrem Gottesbeziehung sicherlich, vielleicht sogar eine Spur kritischer oder sicher gleichkritisch sind, auch wie Menschen, die sich jetzt nicht religiös oder glaubend verstehen, sondern kritisch nämlich in einem ethischen Sinn, dass sie zum Beispiel passierend auf dem Glauben an Gott und die Schöpfung des Menschen in Gleichheit und auch mit Menschen würde, dann halt auch sehr kritisch fragen, was bedeutet denn sogenannte künstliche Intelligenz für den Schutz der Menschenwürde? Damit verbunden auch für den Schutz der Menschenrechte, für die Freiheit des Menschen. Also wenn ich zum Beispiel an Möglichkeiten denke, mit sogenannte künstliche Intelligenz, Datenschutz und Privatsphäre zu verletzen, was wiederum eben höchst freiheitsrelevant ist,

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

oder eben wenn ich an Möglichkeiten denke,  
politische Mitbestimmungsprozesse zu manipulieren,  
mithilfe von sogenannte künstliche Intelligenz,  
das ist dann auch wiederum sehr bedrohlich für das Menschenrecht  
auf politische Mitbestimmung.

Also da wir dann, denke ich, zumindest haben religiös sich verstehende Menschen  
und sich glauben, verstehende Menschen hier ein hohes Potenzial,  
aus ethischer Sicht sehr kritisch,

eben sogenannte künstliche Intelligenz zu betrachten  
und daraus auch entsprechende Forderungen dann zu stellen,  
dass man gewisse Dinge einfach auch in Ordnung bringen muss,  
sprich mit Regulierung und auch mit der Schaffung  
einer Agentur auf internationale Ebene,  
die für die Durchsetzung dieser Regulierung sorgt.

Hier wäre zum Beispiel an internationale Daten,  
was hier das System Agentur zu denken,  
die in Analogie gedacht werden kann,  
wie die internationale Tomeenergiebehörde  
für den Bereich der Nukleatechnologien.

Wenn religiöse Menschen tendenziell empfänglicher sind für KI-Inhalte,  
welche ethischen Fragen ergeben sich daraus?

Also zum nächsten Mal scheint es mir wichtig zu sein,  
dass wir Räume gerade auch in Religions- und Glaubensgemeinschaften  
schaffen, wo der Diskurs über ethische Fragen  
zur sogenannten künstliche Intelligenz geführt werden kann,  
dass wir uns auch hier austauschen können,  
über auch damit verbundene Ungewissheiten  
und zwar auch Hoffnungen in die ethisch-positiven Potenziale  
aber eben auch über Sorgen,  
die ethisch-negativen Potenziale

von sogenannten künstlichen Intelligenz betreffen,  
weil hier in der Regel auch in Religions- und Glaubensgemeinschaften  
eine ganz spezifische ethische Kompetenz auch haben,  
eine Expertise haben in ethischen und moralischen Fragen.

Und dann ging es auch darum,  
dass sich sowohl religiös sich verstehen  
und glauben sich verstehende Menschen,  
aber auch ihre Glaubens- und Religionsgemeinschaften  
in den öffentlichen Diskurs einbringen,  
mit der durchaus auch eben ethisch begründbaren Kritik  
an Phänomenen der sogenannten künstlichen Intelligenz,  
die wir bereits seit einigen Jahren erleben,  
die eben zum Beispiel Menschenrechts verletzend sind

## **[Transcript] Echo der Zeit / Bundesrat will mit Firmenregister Geldwäscherei besser bekämpfen**

oder uns in der Menschenwürde verletzen  
oder eben unsere menschliche Freiheit gefährden.  
Und was heißt das ganz konkret jetzt für Institutionen,  
zum Beispiel organisierte Religion,  
also für Kirchen, aber auch für Pfarrerinnen  
oder für Katarchäten?

Ich würde mir wünschen,  
dass sich sowohl die Institutionen als auch die  
und Menschen, die in den Institutionen  
die Glaubensgemeinschaften und Religionen arbeiten,  
sich zum einen noch vehement auch  
in den demokratischen Meinungsbildungs-  
Entscheidungsfindungsprozess  
in Bezug auf sogenannte KI einbringen,  
basierend auf ihrer spezifischen ethischen Kompetenz,  
ihrer besonderen Expertise auch in ethischen  
numeralischen Fragen.

Und dass sie auch Räume schaffen, Zeit schaffen,  
wo Menschen sich über die mit sogenannten künstlichen  
Intelligenz, mit technologischem Fortschritt  
verbundene Ungewissheiten ebenfalls austauschen können  
und hier eben auch eine Form der Begleitung erfahren können,  
weil zum Beispiel sich viele Menschen sorgen machen,  
wie in Zukunft noch ihr Arbeitsplatz aussieht,  
ob es den überhaupt noch gibt,  
wenn doch im Bereich jetzt von sogenannten  
künstlichen Intelligenzmöglichkeiten bestünden,  
nicht unbedingt diese Arbeit zwingend besser zu machen,  
aber doch sie definitiv viel günstiger erledigt zu bekommen.

Das war Peter Kirchschräger, der Professor für  
Theologische Ethik an der Universität Luzern  
ist derzeit auch Gastprofessor an der ETH Zürich  
unter anderem am Zentrum für künstliche Intelligenz.

Und das war der 6. August der Zeit am Mittwoch,  
am 6. August mit der Redaktionsschluss um 18.45 Uhr.

Verantwortung für die Sendung ist Lukas Schneider  
für die Nachrichten Manuela Burgermeister.

Mein Name Matthias Kündig.